

Aktionswoche September 2021 – Rückschau (Teil 2)

Mainz

Beteiligte:

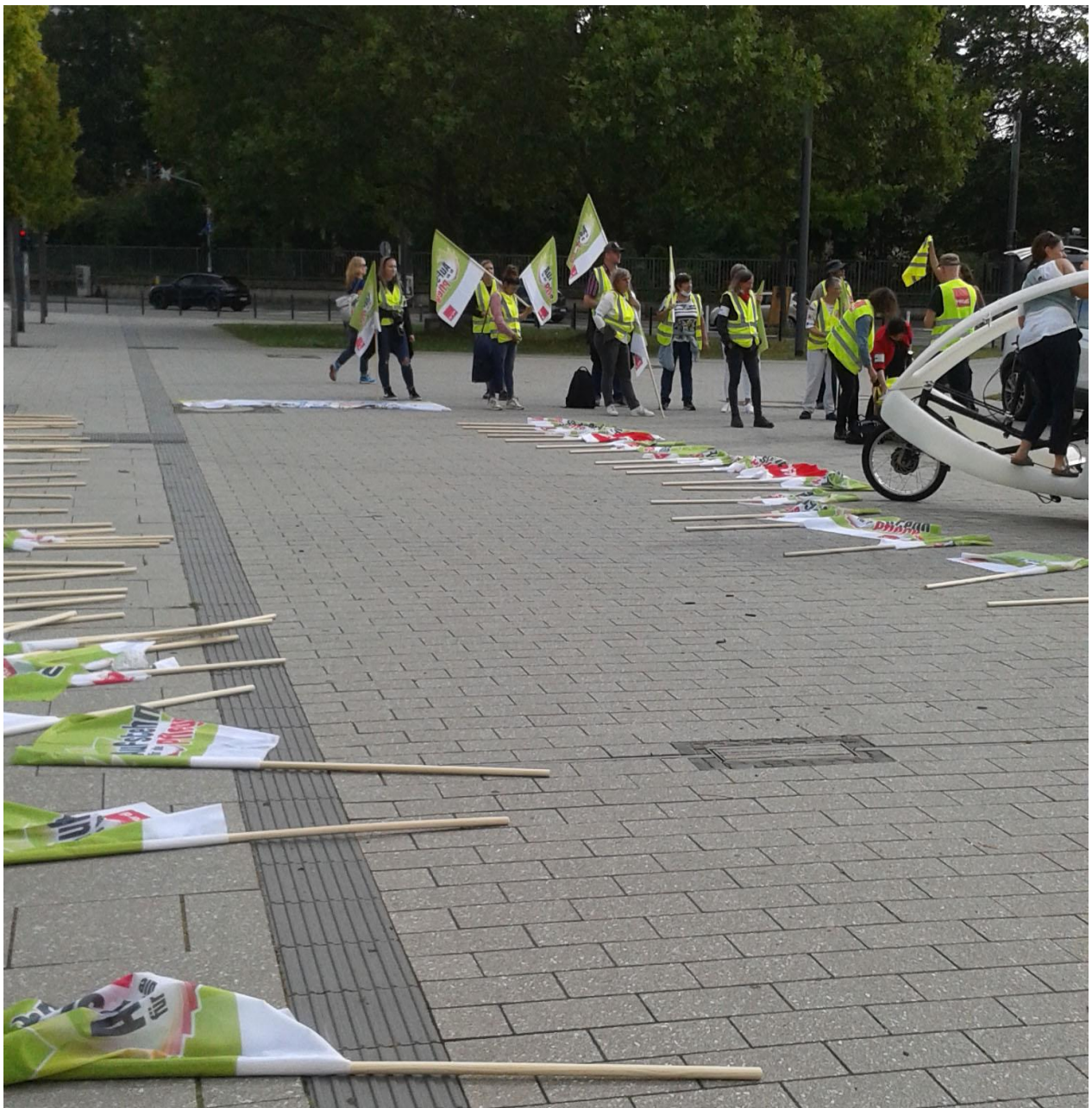
- Erwerbslose und Mitstreiter*innen von ver.di Pfalz und Mittelrhein

Aktivitäten:

- Beteiligung an der Pflegedemo des Pflegeaufstand Rheinland-Pfalz am Samstag, den 11.09.2021 in Mainz. Start um 11 Uhr an der Johannes Gutenberg Universität. Verteilen der Flugblätter des Bündnis "Aufrecht bestehen" beim Marsch durch die Innenstadt.

Rückmeldung:

- Mail mit Fotos und Begleittext von zwei Beteiligten





Nürnberg

Beteiligte:

- *Ver.di-Erwerbslosenausschuss*

Aktivitäten:

- *Infostand und Flyer vor Agentur für Arbeit/ Jobcenter Nürnberg*

Rückmeldung:

- *Fotos der Beteiligten*





HARTZ IV-UMFRAGE

„WIE VIEL GELD BENÖTIGT EINE
ALLEINSTEHENDE ERWACHSENE PERSON
PRO MONAT INSGESAMT ABZÜGLICH MIETE,
UM DEN LEBENSUNTERHALT
ZU BESTREITEN?“

QUELLE: FORSA-UMFRAGE IM AUFTAG DES PARITÄTISCHEN

728 EURO!*



*DAS ANTWORTETEN
DIE BEFRAGTEN
IM SCHNITT

432 EURO

DAS ERHALTEN HARTZ IV-
BEZIEHER*INNEN

#100EuroMehrSofort

DER PARITÄTISCHE

Statt Armut per Gesetz:

Wir fordern eine
realistische
Berechnung des Hartz-
IV-Regelsatzes!

Auf
Recht
bestehen





**Wenn sie kein Brot haben,
sollen sie doch Kuchen essen.**



Erhöhung der Abgeordnetendiäten: 238,54 Euro/M
Erhöhung von ALG-2 / Armutsrenten: 7,00 Euro/M
2018:

Stuttgart

Beteiligte:

- *Ver.di-Erwerbslosenausschuss* und Erwerbslosensolidaritätskreis der IGM Stuttgart

Aktivitäten:

- *Flyer verteilen und Fragebogenaktion in der Fußgängerzone von Bad Cannstatt*

Rückmeldung:

- *Flyer und Fotos der Beteiligten*

Ver.di Erwerbslosenausschuss und Erwerbslosensolidaritätskreis der IGM Stuttgart

Auswertung Einsatz „AufRecht Bestehen“ am 11.09.2021

Stuttgart - Bad Cannstatt Fußgängerzone

Wir haben einen eigenen Flyer verteilt (Seite 1 Auszug aus dem zentralen Flyer von AufRecht bestehen, Seite 2 noch eine eigene Position mit Einladung auf unsere nächste Erwerbslosenausschusssitzung / siehe Flyer im Anhang). Hauptsächlich haben wir aber anhand eines Fragekatalogs das Gespräch mit den Passanten gesucht. Es war teilweise recht schwierig, ins Gespräch zu kommen, da gleichzeitig CDU, SPD, DKP, Grüne, F.D.P. und die LINKE jeweils einen Infostand rund um den Erbsenbrunnen hatten. Dennoch konnten wir einige interessante Gespräche führen.

Auf die Frage: „**Sind 446 € zum Leben genug**“ haben alle mit NEIN geantwortet.

Entsprechend kam auch Ablehnung zu der Frage: „**3 Euro mehr für Hartz IV-BezieherInnen ab 2022, was sagen Sie dazu?**“ Es gab teils Empörung, u.a. „Wir brauchen ein ganz anderes Sozialsystem, wo die Reichen nicht immer noch reicher werden“ „Nicht mal 600 Euro würden reichen, das Leben ist viel zu teuer, eigentlich müsste man 1000 Euro fordern“ Es gab aber auch vereinzelt die Hoffnung, dass unter einer nächsten Rot-Grünen Regierung ohne CDU auch die Hartz IV – Sätze höher ausfallen würden, nach dem Motto: „Die haben verstanden, dass sie mit Hartz IV Fehler gemacht haben und dass sie so nicht weiter machen können, das kommt doch bei den Leuten nicht mehr gut an.“

Auf die Frage „**Würden Sie Hartz IV abschaffen**“ gab es differenzierte Antworten. Mehrheitlich war zwar die Meinung, dass Hartz IV anders gestaltet werden müsste: kein Zwang, keine Sanktionen, Bürokratieabbau - aber eine komplette Abschaffung führte immer zu der Frage, „ja was dann stattdessen?“ Oder: „wie soll das durchgesetzt werden?“ Oder: „was tun mit den Leuten, die schon lange arbeitslos sind bzw. wenn es keine Arbeit gibt?“ Wenn man zu bedenken gab, dass es sehr wohl genug Arbeit gibt, z.B. im sozialen Bereich, kam Zustimmung. Darüber hinaus war unser Argument, dass wir im Erwerbslosenausschuss ver.di diskutiert haben, das Arbeitslosengeld I soll so lange bezahlt werden, bis man wieder in Arbeit ist. Das hing dann schnell mit der Frage zusammen: dass allerdings Arbeit auskömmlich bezahlt sein muss. 2 junge Leute setzten sich vehement für das bedingungslose Grundeinkommen ein.

2 junge Mädchen fragten: was ist mit uns, wir hätten ja gar keinen Anspruch auf ALG I, die eine hatte während Corona den Ausbildungsplatz verloren, die andere noch keinen gefunden. Oder was ist mit den Leuten die Anspruch auf das AsylbLG haben?

Deshalb Anmerkung: Hier muss die Forderung nach der Fortzahlung von ALG I mit der Forderung nach einer existenzsichernden Grundsicherung verbunden werden.

Damit wären wir bei unserer nächsten Frage: „**Was halten Sie von der Forderung nach 12 Euro Mindestlohn?**“ Wir haben dazu vorgerechnet: **12 € Mindestlohn = 1.330 €** (Lohnsteuer Klasse I) **2-Zimmer-Wohnung = 800 €, bleiben ein Rest von 530 €, das sind gerade mal 84 € über Hartz IV.** Überwiegend war die Meinung, dass die Forderung (SPD, Grüne, teilweise Verbände) nach 12 € Mindestlohn viel zu gering sei. Auf jeden Fall würde dies auf Hochmietpreise in Ballungsräumen zutreffen. Ein junger Mann berichtete von seiner Lage mit einem Stundenlohn von 9,50 Euro: „Mir bleibt nichts anderes übrig, als einen Zweitjob zu machen und da leidet die Familie darunter“.

Ein weiterer Befragter (Physiker) wies darauf hin, dass ein höherer Mindestlohn doch vor allem die kleinen Betriebe (z.B. Frisöre) negativ treffen würde. Hierzu müssten Ausgleichszahlungen oder ähnliches vom Bund/Land erfolgen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass in den Gesprächen deutlich wurde, dass ein Bewusstsein vorhanden ist, dass die Schere arm-reich immer weiter auseinandergeht, bzw. die Regierung bisher da nicht gegensteuert. Auch hier ist vereinzelt die Hoffnung auf Rot-Rot-Grün, was sicher mit der Propagierung der Umverteilung von oben nach unten zu tun hat.

Deshalb Anmerkung: Um der Ungleichverteilung – arm zu reich – vorzubeugen, muss eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Gelder stattfinden. Hier ist der Staat bzw. die Regierenden gefragt.

Interessant ist noch anzumerken, dass in den Gesprächen öfter auch die Umweltkrise Thema war, dass hier auch „dringend was geändert werden muss“ (kam vor allem von jungen Leuten bzw. jungen Familien in der Sorge um die Zukunft ihrer Kinder).

Deshalb Anmerkung: man muss die soziale Frage unbedingt auch in den Zusammenhang mit der Umweltkrise stellen. Denn der überwiegende Teil der Bevölkerung (und natürlich ganz besonders der Teil ohne oder mit wenig Einkommen) leidet viel stärker unter den Auswirkungen der Umweltkrise als die Minderheit der Wohlhabenden, denen es egal ist, ob sie mehr zahlen müssen für die Lebenshaltung oder für zusätzliche Abgaben. Fest steht natürlich, dass die Maßnahmen zur Rettung der Umwelt viel Geld kosten, aber das darf nicht auf die abgewälzt werden, die sowieso kaum über die Runden kommen!





**Hartz IV abschaffen!
Oder sind 446 €
genug?**

Aufrecht bestehen

Hartz IV bedeutet Armut!
Um lediglich 18 Euro ist in diesem Jahr das langjährige Einkommen von 446 Euro zu hoch. Ein Betrag, der dem auch ein menschenwürdiges Leben nicht bestreiten kann. Doch gilt auch für die Löhne der etwa 7,7 Millionen Erwerbstätigen, die ein Nettoeinkommen von 446 Euro im Monat verdienen, dass dies ein Mindestlohn ist, der über dem Durchschnitt liegt. Es ist unter anderem zu fragen, auf dem Rücken der Steuerzahler, deren Vermögen im Alter von 2025 um 10% sinken wird, ob es nicht besser wäre, wenn die Löhne der etwa 7,7 Millionen Erwerbstätigen, die ein Nettoeinkommen von 446 Euro im Monat verdienen, auf dem Rücken der Steuerzahler, deren Vermögen im Alter von 2025 um 10% sinken wird, sinken würde.

Hartz IV bewirkt Ausgrenzung und Angst!
Die Hartz IV Empfänger sind in der Regel von der Arbeitswelt ausgeschlossen und werden in der Regel in den sogenannten Sondersonderheimen (SSH) untergebracht. Dies führt zu einer Isolation der Betroffenen von der Arbeitswelt und zu einer Angst vor der Arbeitslosigkeit. Die Hartz IV Empfänger sind in der Regel von der Arbeitswelt ausgeschlossen und werden in der Regel in den sogenannten Sondersonderheimen (SSH) untergebracht. Dies führt zu einer Isolation der Betroffenen von der Arbeitswelt und zu einer Angst vor der Arbeitslosigkeit.

Wir fordern:

- Statt Hartz IV: Verlängerung der Arbeitslosenversicherung für die gesamte Dauer der Erwerbsfähigkeit und eine arbeitslose und repräsentative Einkommensversicherung
- Eine deutliche Anhebung der Mindestlöhne und insgesamt Einkommen, die auch für die Basis reichen müssen und also ausreichende Altersvorsorge ermöglichen.

13.3.2014 Ulrich Schmies, 988-Becher-Str. 20, 70774 Stuttgart

Verdell Erwerbslosenentschluss – Stuttgart

Würden Sie Hartz IV abschaffen?

JA

Nein

Handwritten notes:
Hartz IV abschaffen? Ja
Hartz IV abschaffen? Nein
Hartz IV abschaffen? Ja
Hartz IV abschaffen? Nein

Hartz IV abschaffen!



Oder sind 446 € genug?

Hartz IV bedeutet Armut!

Um lediglich 14 Euro ist in diesem Jahr das kärgliche Einkommen derjenigen gestiegen, die auf „Hartz IV“ angewiesen sind: von 432 auf 446 Euro im Monat. Ein Betrag, mit dem sich ein menschenwürdiges Leben nicht bestreiten lässt. Dies gilt auch für die Löhne der rund 7,7 Millionen Erwerbstätigen, die im Niedriglohnsektor festhängen.

Das Geld, das den Armen zum Leben fehlt, ist aber durchaus da. Es ist unter anderem zu finden auf den Bankkonten der Superreichen, deren Vermögen im Krisenjahr 2020 um sage und schreibe 9 Prozent gestiegen ist. In der Pandemie zeigt sich wie in einem Brennglas, wie die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht.

Und das hat System!

So haben Konzerne wie Daimler oder Audi sich das Kurzarbeitergeld vom Steuerzahler finanzieren lassen. Oder Politiker wie Nüßlein (CSU) oder Löbel (CDU) sich mit sage und schreibe 660.000 Euro am Maskengeschäft bereichert. Während Hartz IV – Empfänger*innen von der Regierung mit 10 FFP4 abgespeist wurden.

Hartz IV bewirkt Ausgrenzung und Angst!

Die Regelsätze reichen kaum für das Nötigste wie Ernährung und Kleidung, geschweige denn für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dazu kommen die Vorgaben des Jobcenters mit Zwang in sinnlose Beschäftigungsmaßnahmen oder in prekäre Arbeitsbedingungen wie Minijobs, Leiharbeit, Mindestlohn bis hin zu Ein-Euro-Jobs.

Für diejenigen, die noch einen festen Arbeitsplatz haben, wirkt Hartz IV wie eine Drohkulisse. Das führt oft dazu, schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne in Kauf zu nehmen, um nur ja nicht in die Erwerbslosigkeit zu geraten. Denn dann ist man nur ein bis zwei Jahre von diesem System entfernt. Das wünscht sich niemand!

Das Ende von Hartz IV ist der erste Schritt in Richtung Armutsbekämpfung, für Einkommen, von denen alle ein auskömmliches Leben führen können. Dazu gehört auch eine entsprechende Rente.

Wir fordern:

- **Statt Hartz IV: Verlängerung der Arbeitslosenversicherungsleistungen für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit und eine armutsfeste und repressionsfreie Existenzsicherung!**
- **Eine deutliche Anhebung der Mindestlöhne und insgesamt Einkommen, die auch für die Miete reichen müssen und eine ausreichende Altersversorgung gewährleisten.**



Der Erwerbslosenausschuss ver.di Bezirk Stuttgart beteiligt sich an der Aktionswoche von **AufRecht bestehen**. Wir haben in unserem Flyer Teile aus dem zentralen Flyer des Aktionsbündnisses verwendet.

Uns beschäftigt aber darüber hinaus die Frage:

Hartz IV abschaffen – Ja! Aber wie?

Wir sind nicht der Meinung, dass Appelle an die Politiker reichen. Seit 17 Jahren besteht dieses unmenschliche Gesetz, das Millionen Menschen eine Perspektive auf eine auskömmliche Arbeit, auf ein Leben ohne ständige existenzielle Not verbaut hat. In all diesen Jahren wurden Armutsberichte, insbesondere zur beschämenden Kinderarmut verfasst, ohne dass sich die Regierungen bewegt haben.

Es ist offensichtlich, dass die gesamte Hartz-Gesetzgebung (die auch die Leiharbeit, die sogenannte Arbeitnehmerüberlassung verschärft hat) ganz im Sinne der Konzerne eingeführt wurde. Deutschland wurde zum „erfolgreichsten“ Land des Niedriglohns, womit der damalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) prahlte.

Der weltweite Konkurrenzkampf der Konzerne um Absatzmärkte und Höchstgewinne lässt befürchten, dass auch die kommende Regierung (wie immer sie auch aussehen mag) vor den Forderungen der Unternehmerverbände einknickt.

Die Marschrichtung für die kommenden Jahre hatte der BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) in seinem „Manifest für Wachstum und Beschäftigung - Deutschland 2020“ ganz deutlich vorgegeben. U.a. heißt es dort: *„Steigende Sozialkosten erhöhen die Arbeitskosten und verteuern den Arbeitseinsatz“, deshalb „gilt es hier, über Strukturreformen zu einer weiteren Entlastung der Arbeitskosten zu kommen.“* Übersetzt: Sozialleistungen müssen gekürzt werden. Weitere Begehrlichkeiten folgen, z.B. *„Verlängerung der Arbeitszeit“, „Potenziale der Zeitarbeit nutzen“, „Völlig kontraproduktiv sind gesetzliche Mindestlöhne.“* Übersetzt: Bloß nicht die prekären Arbeitsverhältnisse abschaffen.

Inzwischen hat sich die Lage durch die Pandemiekrise und die unübersehbare Klima-katastrophe verschärft. Das bringt die Konzerne erst recht auf den Plan, nichts ist ihnen wichtiger als Wirtschaftswachstum, und auch wenn es auf Kosten der Bevölkerung und der Natur ist. Das alles verspricht nichts Gutes!

Deshalb sind wir auch auf der Suche nach Mitstreiter*innen. Nur wenn wir von „unten“ den Druck aufbauen, wird die künftige Regierung auf unsere Forderungen reagieren.

Wir hoffen auf eine breitere Debatte von Betroffenen und solchen Menschen, die sich mit den herrschenden Zuständen nicht zufrieden geben:

- **Was können wir gemeinsam tun, wie verschaffen wir uns Gehör?**
- **Wie werden wir eine nicht mehr zu übersehende Mehrheit?**

Kommt zu unserem nächsten Treffen am:

**am Montag, den 27. September, im Gewerkschaftshaus,
14.00 – 17.00 h, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stgt., Raum 3**

Wedel

Beteiligte:

- Arbeitslosenselbsthilfe Wedel e.V.

Aktivitäten:

- Plakataktion
- Flyer verteilen im Rahmen der wöchentlichen Montagsdemonstration
-

Rückmeldung:

- *Flyer der Beteiligten*

Arbeitsmarktzahlen für Wedel+Uetersen	
Arbeitslose	2469
nicht arbeitsl	
Arbeitsuch	1800
Arbeitsuchende	
insgesamt	4269
Langzeitarbeitslose	798
Offene Stellen	508
Monat	07.21

Ein besseres Leben für alle statt wachsende Armut und Ausgrenzung!

Das ist das Motto, unter dem das Bündnis **AufRecht** bestehen, zu dem auch die Arbeitslosenselbsthilfe- Arbeit für alle – e.V. Wedel gehört, die Aktionswoche vor der Bundestagswahl gestellt hat.

Wir zitieren aus dem Aufruf:

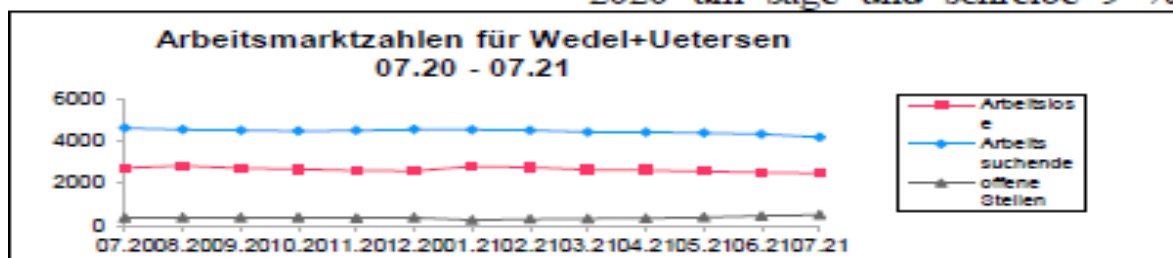
Die zunehmende Armut sowohl in der erwerbstätigen als auch in der erwerbslosen Bevölkerung, bei Rentner*innen und bei Kindern ist erschreckend. Laut dem Paritätische Armutsbericht 2020 sind ca. 60 % der Erwerbslosen und ihre Familien arm, sie bilden die Gruppe mit dem höchsten Armutsrisiko. Aber ihnen fehlt nicht einfach Arbeit. Das

Arbeitslosenquote für Wedel+Uetersen		
07.21	5,7%	2469
06.21	5,8%	2508
07.20	6,3%	2716
Berechnungsgrundlage der Arbeitslosenquote:		43316
Anzahl der abhängig zivilen Beschäftigten:		

Auswertung der Arbeitslosenstatistik

Langzeitarbeitslose in Prozent zur Gesamtzahl	31,35
	Anzahl
Arbeitslose abhängig Beschäftigte	-27
	-458
Unterschied zum Vorjahr (+ =mehr - =weniger)	

zeigen die Erwerbstätigen und ihre Familien, die mit 33 % die größte von Armut betroffene Gruppe sind. Gegen ihre Armut hilft Geld. Geld, das unter anderem bei den vielen Superreichen (anlagefähiges Vermögen von mindestens 30 Millionen Dollar) zu finden ist, deren Vermögen im Krisenjahr 2020 um sage und schreibe 9 %



gestiegen ist.

Wir sagen: Es reicht! Gute Löhne und soziale Absicherung für alle, die hier leben

- **Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit**

Jeder Erwerbstätige ist höchstens ein bis zwei Jahre von Hartz IV entfernt, d.h. von Armut, Ausgrenzung und häufig ohne Perspektive auf Verbesserung der eigenen Lage. Wir wollen das „System Hartz IV“ abschaffen und ersetzen durch Versicherungsleistungen, die durch die Arbeitgeber mitfinanziert sind, sowie durch eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung, für alle, die keine Ansprüche auf Versicherungsleistungen haben oder deren Ansprüche zu niedrig sind

- **Menschenwürdige Existenzsicherung: Sofortige Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro, Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten und Abschaffung der Sanktionen**

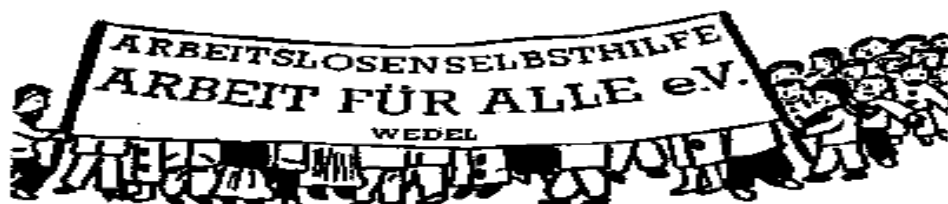
Die durchschnittlichen Leistungen für Singles, die Arbeitslosengeld 2 (Regelsatz plus Wohnungskosten) bekommen, liegen laut einer Studie des Paritätischen Gesamtverbands für 2018 ca. 285 Euro unterhalb der Armutsschwelle. Wir fordern eine Existenzsicherung, die die Armut nicht verschärft, sondern

beseitigt. Deren Verwaltung nicht mittels Sanktionen, Druck und unnötige bürokratische Hürden die Menschen davon abhält, überhaupt Leistungen zu beantragen – sofern sie überhaupt geöffnet hat. Die Jobcenter und Arbeitsagenturen waren und sind während der Corona-Krise seit März 2020 oft noch nicht einmal in Notfällen niedrigschwellig erreichbar, obwohl es um existenzielle Notlagen geht wie zum Beispiel kein Geld fürs Essen oder für die Miete.

- **Einkommen, die zum Leben reichen**

Die Abschaffung des „Systems Hartz IV“ verringert den Druck auf Erwerbslose und auf Beschäftigte, schlechte Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen notgedrungen zu akzeptieren. Darüber hinaus fordern wir eine deutliche Erhöhung der Mindestrente und der Mindestlöhne, die auch für die Miete reichen. Da es dazu auch bezahlbare Wohnungen geben muss, unterstützen wir die sozialen Kämpfe der Initiativen zu Mietenstopp und Vergesellschaftung der Wohnungen von Wohnungskonzernen.

**Auf
Recht
bestehen**



Beteiligt sich an der Aktionswoche des bundesweiten Bündnisses „AufRecht bestehen“ vom 06. bis 12.09.21

Ein besseres Leben für alle statt wachsende Armut und Ausgrenzung!

**Treffpunkt
Arbeitslosenzentrum
Montag – Freitag 9:00 – 14:00
Mühlenstr. 35 in Wedel**



ANGEBOT

0 8 / 2 1

TREFFPUNKT ARBEITSLOSENZENTRUM
Mühlenstr. 35 Tel: 16221 Fax: 970217
E-Mail: Arbeitslosenselfhilfe-Wedel@t-online.de www.Arbeitslosenselfhilfe-Wedel.homepage.t-online.de

MONTAG - FREITAG 09:00-14:00
ALLGEMEINE ÖFFNUNGSZEITEN (alles unter Vorbehalt der Lage)
Tee, Kaffee, Gespräche, Informationen, Beratung, Fahrradwerkstatt
(mit Anleitung), Mitarbeit bei Dienstleistungen aller Art, Deutsch-
Sprechübungen (nach Absprache)
FRÜHSTÜCK: Gemeinsam den Tag beginnen

09:30 MONTAG
10:00-12:00 **BERATUNGSMÖGLICHKEIT** im Einzelgespräch nach Absprache
17:00-18:00 **MONTAGSDEMO**

DIENSTAG
11:00-13:00 **AUFTRAGSVERTEILUNG:** 11:00 Frauen 12:00 Männer

MITTWOCH
09:30-10:00 **FRÜHSTÜCK ZUM KENNENLERNEN**

DONNERSTAG
10:00-12:00 **BERATUNGSMÖGLICHKEIT** im Einzelgespräch nach Absprache
16:00-18:00 **INFOTREFF:** Kennenlernen, Klönen, Infoaustausch, Gegenseitige
Hilfe in Fragen, die mit dem Arbeits- und dem Sozialamt zu tun
haben, Mitwirkung bei Planung und Durchführung von Vorhaben
und Aktionen.

FREITAG
10:00-12:00 **BERATUNGSMÖGLICHKEIT** im Einzelgespräch nach Absprache
13:00 **SONNTAGSSESSEN** am Freitag: Möglichst Donnerstag bis 18:00
anmelden. Preis 2 € (Änderungen vorbehalten)

Alle, die unsere Ziele und unsere Arbeit unterstützen, sind herzlich
eingeladen, bei uns mitzumachen. Oder Sie können uns durch Geld-
und Sachspenden oder Auftragsvergabe helfen. Kontonummer:
15006042 bei der SPK Wedel (BLZ 22151730).
IBAN: DE11 2215 1730 0015 0060 42 BIC: NOLADE21WED

Wolfsburg

Beteiligte:

- Arbeitskreis „Arbeitslos, nicht wehrlos!“ der IG Metall Wolfsburg; IG Metall Wolfsburg

Aktivitäten:

- Talkrunde Bundestagsabgeordnete;
- Talkrunde OB-Kandidaten;
- Beteiligung Mietendemo;
- Pantomime;
- Plakataktion
- Briefkastenaktion.

Rückmeldung.

- *Fotos, Flyer und Text der Beteiligten*
- <https://www.igmetall-wob.de/meldung/ein-besseres-leben-fuer-alle-statt-wachsender-armut-und-ausgrenzung>



| Wolfsburg

TALKRUNDE FÜR EIN GERECHTES UND NACHHALTIGES WOLFSBURG OB-Kandidaten lieferten sich Fünfkampf 21.07.2021



Die Wolfsburger Oberbürgermeisterkandidaten (von links): Dennis Weilmann, Bastian Zimmermann, Iris Bothe, Andreas Klaffehn und Frank Richter



Talkrunde zur Bundestagswahl 30.08.2021
Falko Mohrs (MdB, SPD), Andreas Weber (CDU), Frank Bsirske
(Bündnis 90/ Die Grünen), Bernd Mex (Die Linke) und Anikó Merten



Wolfsburg





Pressemitteilung

*Auf
Recht
bestehen*



Wolfsburg, 03.09.2021
Nr. 016/2021

Bundesweite Aktionswoche vom 6.9. – 12.9.2021

Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung

Die Armut wächst – der Reichtum auch

Nicht erst seit der Corona-Pandemie wächst in der reichen Bundesrepublik die Armut in erschreckendem Ausmaß. Immer mehr Menschen haben Probleme, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen. Doch Geld ist genug da. So ist das Vermögen der Superreichen im Krisenjahr 2020 um sage und schreibe 9 Prozent gestiegen. Mit dem kärglichen Hartz IV-Satz hingegen lässt sich ein menschenwürdiges Leben kaum bestreiten. Dies gilt auch für die Löhne der rund 7,7 Millionen Erwerbstätigen, die im Niedriglohnsektor festhängen.

Es reicht! Gute Löhne und soziale Absicherung für alle, die hier leben!

Wir fordern: Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit

Das „System Hartz IV“ bedeutet Armut, Ausgrenzung und Angst. Wir wollen das „System Hartz IV“ mitsamt seinem Sanktionsapparat abschaffen und ersetzen, durch von den Arbeitgebern mitfinanzierte Versicherungsleistungen, die über die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit ein auskömmliches Leben ermöglichen. Für alle, die keine oder zu geringe Ansprüche auf Versicherungsleistungen haben, fordern wir eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung. Diese muss mindestens 600 Euro im Monat betragen und außerdem die tatsächlichen Wohnkosten abdecken. Die Abschaffung des „Systems Hartz IV“ verringert den Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte, schlechte Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen notgedrungen zu akzeptieren.



Wolfsburg

Pressemitteilung



Wir fordern: Einkommen, die zum Leben reichen

Doch auch ein Arbeitsplatz schützt nicht vor Existenznot, mit 33 Prozent sind die „arbeitenden Armen“ die größte von Armut betroffene Gruppe. Wir fordern daher eine deutliche Anhebung der Mindestlöhne, die auch für die Miete reichen müssen, die sich mittlerweile Millionen buchstäblich vom Munde absparen. Wir unterstützen gleichzeitig die Kämpfe um eine Deckelung der Mieten auf Bundesebene, um billigen Wohnraum und um die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne.

Gemeinsam werden wir unseren Protest bei einer Reihe von Aktionen vom 6. bis 12. September in vielen Städten und Gemeinden auf die Straße tragen!

Weitere Informationen:

<https://www.erwerbslos.de/aktivitaeten>

Weitere Auskünfte:

Heike Wagner / Rainer Timmermann, KOS, Tel.: 030 / 868 767 00

* Das Bündnis AufRecht bestehen wird getragen von: Arbeitslosenselfsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLLOS“ Wolfsburg (ANW), „AufRecht bestehen“ Rhein-Main, Bundesarbeitsgemeinschaft Präkäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Bundes-Erwerbslosen-Ausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Gruppe Gnadenlos Gerech Hannover, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtlichen Bündnissen und Initiativen.

Die IG Metall auf Twitter, Facebook, Youtube & Instagram:

www.igmetall-wob.de

twitter.com/IGMetall

www.facebook.com/igmetall

www.youtube.com/user/IGMetall

https://www.instagram.com/ig_metall

Wuppertal

Beteiligte:

- Tacheles e.V.

Aktivitäten:

- Kundgebung und Infostand vor dem Jobcenter Wuppertal

Rückmeldung:

- Screenshot von der Homepage von Tacheles:

<https://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/aktuelles/d/n/2820/>

Tacheles e.V. ruft auf zur Kundgebung auf: Freitag, 10.09.2021, 10:00 – 13:00 Uhr, vor der Jobcenter Zentrale in Wuppertal

Erstellt am 04.09.2021

Hartz IV überwinden – Armut abschaffen!

Tacheles e.V. ruft auf zur Kundgebung:

Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung

Kundgebung und Infostand

Sozialberatung durch die Tacheles Berater*innen

Wo: vor dem Jobcenter Geschäftsstelle 5 in Barmen (Bachstr. 2)

Wann: Freitag, 10.09.2021, 10:00 – 13:00 Uhr

Nicht erst seit der Coronapandemie wächst in der reichen Bundesrepublik die Armut in erschreckendem Ausmaß. Immer mehr Menschen haben Probleme, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen. Die Regelsätze für Hartz IV und Sozialhilfeleistungen werden systematisch kleingerechnet und reichen längst nicht für ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Das „System Hartz IV“ bedeutet Armut, Ausgrenzung und Angst. Dabei ist genug Geld da. Daran hat auch die Coronakrise nichts geändert. Im Gegenteil: So ist das Vermögen der Superreichen im Krisenjahr 2020 um sage und schreibe 9 Prozent gestiegen.

Wir wollen das „System Hartz IV“ mitsamt seinem Sanktionsapparat abschaffen und durch eine armutsfeste und repressionsfreie Grundversicherung ersetzen. Diese muss mindestens 600,- Euro im Monat betragen und außerdem die tatsächlichen Wohnkosten abdecken.

Mit großer Sorge und wachsender Wut beobachten wir außerdem, wie sich das Jobcenter Wuppertal mit Verweis auf Infektionsschutz nach wie vor einmauert und es auch nach über eineinhalb Jahren Pandemie nicht geschafft hat, Konzepte zu entwickeln, um für Leistungsberechtigte und Hilfesuchende niederschwellig erreichbar zu sein. Hier muss sich dringend etwas ändern und Zugänge müssen (wieder) geschaffen werden!

Gerade jetzt, kurz vor der Bundestagswahl, wollen wir unseren Unmut und unsere Forderungen nach einem guten Leben und sozialer Absicherung für alle auf die Straße tragen. Daher beteiligen wir uns an der Aktionswoche des Bündnisses „AufRecht bestehen“ und rufen alle dazu auf am 10.09.2021, ab 10:00 Uhr vor das Jobcenter in Barmen (Bachstr. 2) zu kommen und mit uns unter Wahrung der erforderlichen Hygienemaßnahmen gemeinsam gegen Hartz IV, Armut und Ausgrenzung zu demonstrieren.

Das Tacheles-Beratungsteam bietet außerdem spontane Sozialberatung an.

Jobcenter öffnen!
Hartz IV überwinden - Armut abschaffen!
Löhne rauf - Mieten runter!